

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schärfung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhoff 9686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

10 Pf. [Anwärter L 15 Pf.] Nr 275

Berlin
SONNABEND, 10. JUNI 1933

Bezugspreis monatl. 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung anderem 72 Pf. (einschl. 66 Pf. Anzeigen; mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

MORGEN-AUSGABE

Heute Abreise nach London Deutscher Gemeindetag

Neurath Führer der Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz

Von DR. ARND JESSEN

Die deutsche Delegation für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz wird heute abend von Berlin abreisen. Die offizielle Delegation besteht aus sieben Personen: Reichsaußenminister Stresemann als Delegationsführer, Reichsminister Graf von Schwerin-Krosigk und Fugenberg, Reichspräsident Dr. Schacht, regierender Bürgermeister Krogmann, Reichsstaatsabgeordneter Ingenieur Kreppler und Postchef von Hoff. Außerdem werden die Delegierten von einer Reihe von Beamten, Sachverständigen usw., insgesamt 15 Personen, begleitet sein.

Die Dauer der Londoner Verhandlungen läßt sich natürlich schwer abschätzen. Aus London ist aber gemeldet worden, daß die maßgebenden Kreise des Völkerbundes mit einer Dauer von etwa sechs Wochen rechnen. Das insgesamt 65 Staaten London vertreten sein werden, ist bekannt. Allein aus diesem großen Teilnehmerkreis ergeben

sich natürlich die Schwierigkeiten, die die Konferenz in technischer Hinsicht zu überwinden haben wird. Es wird nicht immer leicht und vielfach wohl unmöglich sein, die Vertreter von 65 Staaten zu gemeinsamen Beschlüssen zu bringen. Infolge dessen ist auch durchaus noch nicht sicher, ob die Londoner Konferenz mit einseitigen Beschlüssen enden, oder ob sie lediglich Empfehlungen bringen wird. Da die Interessen der verschiedenen Staaten teilweise auf ganz verschiedene Gebieten liegen, teilweise gegeneinander gerichtet sind, könnte man sich aber wohl vorstellen, daß an die Stelle einheitlicher Beschlüsse sämtlicher Konferenzteilnehmer eine Gruppenbildung tritt, bei der sich jeweils einige Staaten, die gemeinsame geographische oder wirtschaftliche Interessen haben, zu Beschlüssen und Abstimmungen zusammenschließen. Dieses Verfahren würde jedenfalls dazu führen, daß die Beschlüsse und Beratungen einen wirklich konkreteren Charakter erhalten.

Heute findet die erste Vorstandssitzung des Deutschen Gemeindetages statt. Die folgenden Aufstellungen behandeln eine Reihe von organisatorischen Fragen, die mit der Vereinheitlichung der kommunalen Spitzenverbände auftauchen.

Auf dem Gebiet der Kommunalpolitik haben die Spitzenverbände eine besonders beachtete Stellung. Ihr Gewicht liegt weniger in ihrem Umfang und ihrem Umfang — sie beschäftigen noch keine 100 volkswirtschaftlichen Beamten usw. — als in der Tatsache, daß sie die Träger der Selbstverwaltung sind, der sie allerdings durch mangelnde Mitgliedschaft nicht immer gelassen haben. Der Plan ihrer Zusammenfassung zu einem kommunalen Einheitsverband ist eine Reihe von wissenschaftlichen Fragen aus, deren richtige Beantwortung weit über den Rahmen der Kommunalpolitik hinaus von Bedeutung ist.

Der Vorstand des Einheitsverbandes ist bisher noch nicht ernannt worden. Während die fünf Spitzenverbände — Städtebund, Landkreistag, Kreisverbände, Landgemeindetag, Verband der Provinzen — die verschiedenen Typen ihrer Mitglieder in ihrem Vorhinein zu Wort kommen ließen, besteht der Vorstand des Einheitsverbandes bisher aus 26 Vertretern regionaler Bezirke. Er ähnelt damit dem Reichsrat. So gut man an sich das regionale Landkreistag- und Landgemeindeförderungsprinzip ist, so wenig darf übersehen werden, daß in der Praxis die einzelnen Gruppen von Gemeinden — ob Kreis- oder Landgemeinden — mit ihnen aus ihre berechtigenden Wünsche etwa beim Finanzausgleich. Die Gutachterfähigkeit, auf die sich der Einheitsverband beschränken soll, wird diesen Tatsachen nur durch die Erklärung von Ministerpräsident Brüning als gegeben werden können, wodurch das Gewicht seiner Vorschläge unter Umständen leiden kann.

Die Geschäftsführung der bisherigen Verbände war dem jeweiligen Vorstand unterstellt. Er wählte aus seinen Reihen einen Vorsitzenden, dem die Geschäftsführung zur Hand zu gehen hatte. Diese ist in den Verbänden zum Teil bereits gestrichelt worden, so etwa im Deutschen Städtebund, dessen Geschäftsführungstellung z. B. durch den Präsidentenrat ausgebaut wurde, um das Übergeordnete Präsidium einzudämmen. Im Einheitsverband kann der Vorsitzende selbstverständlich keiner der beteiligten Gruppen angehören. Er wird daher amtlich bestellt und ist zugleich erster Geschäftsführer. Er hat wie ein Minister das Recht, den Vorstand mit geeigneten Beratern zu versehen. Die Verantwortung für die richtige Vertretung der Verbände hat aber sehr wohl, zumal jeder Verbandskongress die Gefahr nicht unterschätzen wird, die in der Ernennung eines Vorstandes liegt, der ja nicht nur gutachtliche Arbeit leisten, sondern auch eine gewisse autoritative Stellung gegenüber den Mitgliedern innehaben soll.

Der innere Ausgleich zwischen den Gruppen wurde bisher dadurch gefunden, daß die kommunalen Verbände gemeinsame Fragen einheitlich vertraten, andere dagegen getrennt oder mit teilweise wechselnden Gruppen und Fronten. Da auch künftig die verschiedenen Verbände und Verbände aus dem Schutzbereich der Wohlgefühle oder der Stellung anderer Wünsche haben müssen als die freizugehörigen Gemeinden, so wird der innere Ausgleich auch im Rahmen des Einheitsverbandes und seiner regionalen Unterverbände ein ernstes Problem darstellen. Nicht unbedenklich nimmt hier das Beispiel der Handelskammern, deren Mitglieder — Einzelhandel, Industrie, Bergbau usw. — ihre Wünsche, die zum Teil sehr gegensätzlich darstellen, auch über ihre jeweiligen Verbände hinwegbringen, wenn sie damit in der örtlichen Handelskammer nicht durchdringen.

Die Preiserebahrungen der bisherigen Verbände spielten sich in fast völliger Offenheit ab, indem die einzelnen Verbände Mitteilungen an die Presse gaben, die mit Quellenangaben veröffentlicht wurden. Der Einheitsverband wird seinem Wesen nach nur „amtliche“ Preiserebahrungen herausgeben können. Werden sich die einzelnen Gemeinden usw. hindern lassen, ihre eigenen Höhe und Wünsche, die zum Teil die ihrer eigenen sind, in den öffentlichen Preiserebahrungen? — eine Frage, deren Antwort man im Interesse der Sauberkeit von Verwaltung und Presse nicht zu leicht nehmen darf.

Die Nachrichtenverfahren waren bisher in der Weise geregelt, daß jeder Verband die Sorgen mit seinen Mitgliedern in einem besonderen Organ befragt. Diese Sprache war zwischen den Fachleuten der Großstädte und dem Städtebund, die eine andere, wie sie mit den z. B. ehrenamtlichen Leitern der Landgemeinden gesprochen werden mußte. Das hier eine

Leys Kampf auf der Arbeitskonferenz

Der deutsche Vertreter für drei Kommissionen zugelassen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 9. JUNI

Die Vorkonferenzkommission unter dem Vorsitz des belgischen Delegierten Nabein hat nach längerer Debatte heute abend beschlossen, den deutschen Arbeiterdelegierten Dr. Ley in drei Kommissionen als deutschen Arbeitervertreter zuzulassen. Dr. Ley hatte die Zulassung in allen sechs Kommissionen beantragt. Zwei von den Kommissionen, in die Dr. Ley zugelassen werden sollte, haben aber die Zulassung ihrerseits abgelehnt, darunter die Geschäftsordnungskommission.

Der Wunsch der Vorkonferenzkommission wurde mit neun gegen sechs Stimmen gestiftet. Dafür stimmten sämtliche sechs Arbeiterdelegierte Deutschlands, Italiens und Spaniens, dagegen stimmten die sechs Arbeitervertreter anderer Nationen. Folgende neun Regierungen enthielten sich der Stimme: Belgien, Brasilien, Kanada, Dänemark, Spanien, Frankreich, England, Indien und Polen. Auf der italienischen Arbeiterdelegierte wurde, wie schon in früheren Jahren, in die Kommissionen zugelassen.

In der dieser Sitzung vorausgegangenen Diskussion in der Arbeitergruppe war es wiederum zu ersten Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Arbeiterdelegierten, die von den italienischen Delegierten unterstützt wurde, und der großen Mehrheit gekommen. Der deutsche Delegierte Dr. Ley protestierte gegen den gestrigen Ausschluss von Jouhaux, daß er ein Staatskommissar und kein Arbeiterdelegierter ist. Er habe den der Zweiten Internationale

angehörigen Genossen Leuzinger und den christlichen Gewerkschafter Ditt mitgebracht, die belgischen könnten, daß er kein Staatsrat habe, und daß er nur Reichs-Organisationsleiter der Partei wäre. Er habe sich durch die Partei und die Betriebszellenorganisationen Einfluß auf die Gewerkschaften verschafft. Er wolle wiederum auf die zehn Millionen deutscher Arbeiter, die hinter ihm stünden. „Ich bin stolz auf das, was die deutschen Arbeiter in der Welt geleistet haben. Es gab eine Zeit, wo gerade die deutschen Arbeiter das Rückgrat der internationalen Arbeiterkraft waren.“ Deutschland habe auf Grund von Artikel 7 der Geschäftsordnung das Recht auf einen Sitz in der Geschäftsordnungskommission, und ein Land von 65 Millionen Einwohnern werde sich durch theoretische Debatten dieses Recht nicht nehmen lassen.

Während der italienische Arbeiterdelegierte Pazzo Dr. Ley unterstützte und betonte, daß Deutschland und Italien doch nichts anderes als gleiche Recht haben müssen wie gewisse kleine Staaten, erwiderte der französische Arbeiterdelegierte Jouhaux in außerordentlich scharfer Form, der Italiener Pazzo sei ein Gegner, mit dem er hoffe, wieder einmal zusammen arbeiten zu können; aber der deutsche Delegierte sei kein Feind. Der Protest des deutschen Delegierten namens der deutschen Arbeiter komme ihm so vor, wie wenn der Reformierer im Namen seiner Opfer predigte. „Der von verurteilt und nicht einmal zu wurde, wie schon bei seiner ersten Rede, von zahlreichen Zusätzlichen unterbrochen. Er wies darauf, daß er selbst sieben Jahre in deutschen Fabriken gearbeitet hätte, Seite an Seite mit dem deutschen Arbeiter, den er genau kenne.

Uebertritt Professor Spahn's

Von der DNP zur NSDAP

Professor Martin Spahn, der Führer der deutschnationalen Kampflisten, ist aus der deutschnationalen Front ausgetreten. Er begründet seinen Schritt in einem Schreiben an den holländischen Vorsitzenden von Winterfeldt, in dem es heißt:

„Als Konferenzleiter und als Christ sehe ich ausdrücklich für die Notwendigkeit ein, den in Deutschland eingedrungenen Liberalismus wieder revolutionär auszugreifen. Nicht nur das rein zahlenmäßige Ergebnis des Volksentscheides, zu dem die am 30. Januar angestrichelte Erklärung, also auch Fugenberg, aufzufassen hätte, sondern der Gesamtanlauf der Bewegung, in die das deutsche Volk seit der Begründung des Reiches geschaffenes für das Volksgeschehen gegen die Baum-Beträge durch Fugenberg geraten ist, hat die Führung der notwendig gewordenen Revolution durch Hitler befähigt. Es ist die Pflicht der anderen, die mit ihm die Bewegung einestellen, diese Führerschaft nunmehr eindeutig anzuerkennen, wenn wir nicht in ästhetische Zustände geraten wollen. Angesichts der trübsamen Lage, so schließt das Schreiben, „in der sich unser Volkstum nunmehr befindet, kann

ich mein Verbleiben nicht zwei Führern unterstellen, von deren innerer Uebereinstimmung ich nicht mehr überzeugt bin. Wir brauchen einen Führer, und der ist Hitler.“

SPD bleibt in Deutschland

Sitzung der Preußenfraktion

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hielt am Freitag eine Sitzung ab. In einer längeren Aussprache nahm die Fraktion Stellung zur politischen Lage. Wie mitgeteilt wird, richtete die Fraktion an den Preussenrat und wie auch an die Parteilisten das dringende Ersuchen, „nichts unversucht zu lassen, bei den stehenden Stellen die Aufhebung und Einstellung der Schutzmaßnahmen zu erreichen.“

Ueber den Verlauf der Sitzung wird weiterhin berichtet: Die Gespräche und Mitteilungen in der in- und ausländischen Presse über eine Aetzung des Stipes der Zeitung der Sozialdemokratischen Partei von Berlin nach Prag wurden ausdrücklich erwidert. Uebereinstimmend fanden diese erwiderten Wünsche zur Zurückweisung. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Sitz der Führung der SPD in Deutschland bleiben müsse.“